Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 14. Februar 2013 um 16:29 Uhr

Offenbar keine Ebbe in den öffentlichen Kassen
Stefan Birkner kündigt 71,6 Millionen Euro für den niedersächsischen Küstenschutz an – vier Millionen Euro mehr als im Vorjahr

Hannover (wbn). Erfreuliche Geldflut an der Nordseeküste: Für den Schutz des Festlandes und der Inseln wird das Niedersächsische Umweltministerium in diesem Jahr voraussichtlich knapp 71,6 Millionen Euro dorthin fließen lassen – fast 4 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor.

Das verkündete der scheidende Umweltminister Stefan Birkner am heutigen Donnerstag in Hannover. „Durch die konsequente Nutzung von Fördergeldern der EU ist es uns gelungen, die planmäßigen Investitionen im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 3,9 Millionen Euro zu erhöhen“. Damit sei die Grundlage geschaffen, den Schutz des Festlands und der Inseln weiter zu verbessern und die Deiche noch sicherer zu machen.

Naturgemäß liege der Schwerpunkt der landeseigenen Baumaßnahmen dabei im Bereich der Ostfriesischen Inseln, die dem Angriff von Sturmfluten am stärksten ausgesetzt seien. In diesem Jahr sollen deshalb 13,9 Millionen Euro für den staatlichen Küstenschutz auf den Inseln bereitgestellt werden – für zusätzliche Baumaßnahmen der Verbände sind 50,3 Millionen Euro vorgesehen.

(Zum Bild: Wenige Wochen vor dem Wechsel im Umweltministerium avisiert Stefan Birkner 71,6 Millionen Euro für den Küstenschutz in Niedersachsen. Archiv-Foto: Weber)

Fortsetzung von Seite 1

Von diesem Geldfluss profitiert der „II. Oldenburgische Deichband“ am meisten, der mit knapp

einem Fünftel der Mittel (9,1 Millionen Euro) bei den Baumaßnahmen am Jadebusen und an der linksseitigen Weser unterstützt wird. Außerdem werden berücksichtigt: Die „Deichacht Krummhörn“ (5,4 Millionen Euro für die Emsdeiche), die Osterstader Marsch (5,1 Millionen Euro für Deichverstärkungen rechtsseitig der Weser) und Kehdingen-Oste (5,4 Millionen Euro unter anderem für die Fortführung des Deichbaus an der Oste und einer Deichpflasterung an der Elbe).

Der größte Teil der eingesetzten Gelder stamme zu 30 Prozent aus dem Landeshaushalt, 70 Prozent steuere der Bund bei, hieß es aus dem Ministerium. Dazu kommen Mittel aus den EU-Förderprogrammen „Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) und „Europäischer Fond für regionale Entwicklung“ (EFRE).